

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsplatz 29/31

und Land



Fernsprecher Nr. 63 und 161
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 268

(51tes Blatt.)

Herford, Sonnabend, den 13. November 1920

38. Jahrgang.

Die Verfassung des Freistaates Preußen.

Von Gerichtsreferendar Fritz Blanke-Herford.

Die preussische Verfassung ist in zweiter Lesung von der preussischen Landesversammlung angenommen worden; es ist kaum zu erwarten, daß in dritter Lesung noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden. Wie ein Vergleich mit dem Regierungsentwurf ergibt, hat der Verfassungsausschuß der Landesversammlung einschneidende Änderungen vorgenommen, durch welche die Struktur der Verfassung eine wesentliche andere geworden ist.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Landesversammlung bei der Gestaltung der Verfassung durch die Reichsverfassung gebunden ist. So ergab sich ohne weiteres für Preußen die republikanisch-demokratische Staatsform, da nach Artikel 17 A. V. jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß. Desgleichen war das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Proportionalwahlrecht aller Reichsdeutschen (nicht nur preussischen) Männer und Frauen durch das Reichsgrundgesetz auch für die einzelnen Länder vorgeschrieben. Das aktive Wahlrecht ist an die Vollendung des 25., das passive, das jedem Stimmberechtigten zusteht, an das vollendete 20. Lebensjahr geknüpft.

Die Dauer einer Legislaturperiode beträgt wie im Reich 4 Jahre. — Durch Beschluß des Verfassungsausschusses ist in der Verfassung das Volksbegehren und der Volksentscheid eingefügt worden. Hierdurch soll dem Volke die Möglichkeit gegeben werden, unter besonderen verfassungsrechtlich festgelegten Voraussetzungen wie bei der Volkswahl unmittelbar seinen Willen kundzugeben. Die Bestimmung ist eine Beschränkung der formalen Demokratie, die nur eine mittelbare Ausprägung des Volkswillens durch das Parlament kennt. Wie im repräsentierenden Organ (das Parlament) kennt. Wie im Reich so ist auch in Preußen Träger der Staatsgewalt das Volk. In Preußen war dieser früher der König, im Reich die Gesamtheit der verbündeten Regierungen, nicht etwa der Kaiser. Die staatsrechtliche Bedeutung der Bestimmungen über den Träger der Staatsgewalt liegt darin, daß nicht j. B. in Preußen der Regierung nur diejenigen Rechte zustehen, die ihr die Verfassung und die anderen Staatsgesetze zuerkannt haben, während früher j. B. der alten Verfassung dem Volke nur die ihm in dem Grundgesetz zuerprochenen Rechte zustanden, der König also zu allen Staatshandlungen berechtigt war, deren Vornahme ihm nicht die Verfassung unterlag oder nur bedingt gestattete (vergl. j. B. Art. 63 der preuß. Verfassung vom 31. Januar 1850 über das Notverordnungsrecht des Königs). — Man hört in Volkssammlungen mitunter von den Rednern, sie könnten sich bei einer Bestimmung wie die, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, nichts denken. Eine solche Ausrufung bedeutet nichts anderes, als die staatsrechtliche und politische Ungebildetheit des Redners. — Die Staatsgewalt der Bundesstaaten im Reich früher ergab sich daraus, daß die Stellung der Gliedstaaten im Reich eine völlig andere war als sie heute ist. War auch das Kaiserreich von 1871 ein Bundesstaat, d. h. ein Staat aus Staaten, entbehren auch schon damals die einzelnen Länder der Souveränität, da sie den Geboten des Reiches Folge zu leisten hatten, so blieb doch das Reich eine Vereinigung selbständiger Dynastien und Regierungen, in der Preußen der Führer war. Trotz der dem Reich nach Artikel 78 Abs. 1 der damaligen Verfassung zustehenden sogenannten Kompetenz (d. h. dem Rechte den Verträgen der Verfassung im Wege der Gesetzgebung nicht durch Schließung neuer Verträge vorzunehmen) überwog der föderalistische Charakter des Reiches. Wenn auch im Laufe der Entwicklung Deutschlands der antistatistische Gedanke immer mehr erstarkte, so führte doch in der inneren Politik vornehmlich der Weg von den einzelnen Staaten zum Reich. Heute ist es umgekehrt; die politische Bedeutung der Länder als solcher tritt in den Hintergrund gegenüber dem Reich als dem Gesamtorganismus. Die einzelnen Staaten sollen nur noch dienende Glieder des Ganzen sein. Das unitarische Moment hat, wenn auch noch nicht endgültig, gestiftet, so doch einen entscheidenden Erfolg davongetragen über den föderalismus. Mit dieser veränderten Stellung der Gliedstaaten ist es im Grunde genommen nicht mehr zu vereinbaren, daß an der Spitze der Einzelstaaten ein präsidierendes Oberhaupt steht; in erster Linie gilt dieses aber für denjenigen Staat, der den größten Teil des ganzen Reiches umschließt. Ein preuß. Staatspräsident und daneben (so wäre es nach politischer Rangordnung) ein Reichspräsident würde für den Bestand des Reiches von den verhängnisvollsten Folgen werden können. Auch eine Personalunion ist aus innen- wie außenpolitischen Gründen nicht möglich. — Man hat aber auch die staatspräsidentialen Befugnisse des

Das Neueste vom Tage.

Gestern vormittag fand im Bürgerhalle des Berliner Rathauses die feierliche Einführung des Oberbürgermeisters Wehmuth, der Bürgermeister und Magistratsmitglieder in ihre neuen Ämter statt.

Eine Versammlung des Allgemeinen Bankbeamtenvereins beschloß, von den Banken noch vor Ablauf des Jahres eine bedeutende Wirtschaftshilfe zu fordern.

Zwischen Frankfurt und Borsach ist eine Luftpostverbindung eingerichtet worden.

Gestern sind 20 000 Berliner Portiers in den Streik getreten.

Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Olaz meldet, richteten die Bewohner des Dorfes Brzeswie bei Rudowa an die Staatsregierung das Ersuchen um Abänderung des Namens in Birkenhagen, da es sich um ein deutsches Dorf handle.

Die französischen Bergarbeitergewerkschaften drohen mit dem Generalstreik für den Fall, daß sich die Bergwerksgesellschaften nicht sofort zur Verhandlung über Lohnverbesserungen bereit erklären.

Im Juni 1921 findet eine Zusammenkunft aller Ministerpräsidenten der britischen Dominions statt.

Wie „Matin“ aus London meldet, verlangen Lord Selborne, Lord Edward Grey und Barnes die Aufnahme aller Länder in den Völkerbund.

Der Geburtstag des italienischen Königs wurde in ganz Italien mit großer Begeisterung gefeiert.

Nach der „Daily Mail“ haben sich die Truppen d'Annunzio neuer wichtiger strategischer Stellungen an der Küste bemächtigt. Sie haben Buvarci besetzt und sind dabei in Konflikt mit jugoslawischen Streitkräften geraten.

Zum Nachfolger des nach London gehenden französischen Botschafters in Madrid, Saint Aulaire, soll der jetzige Oberkommissar in Konstantinopel, France, ernannt werden.

Nach einer „Havas“-Meldung aus Konstantinopel meldet Mustafa Kemal Pascha die mit Vorbehalt aufzunehmende Nachricht von der Wiedereinnahme von Erivan.

Präsidenten der Landesversammlung in der vorläufigen Verfassung befreit; in Zukunft wählt der Landtag ohne Aussprache den Ministerpräsidenten und dieser ernennt seinerseits die Minister der einzelnen Ressorts. In analoger Weise wie durch die A. V. der Reichsrat in die Reichsorganisation eingefügt ist, hat der Verfassungsausschuß in die Organisation des preuß. Staates den Staatsrat eingegliedert. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als habe man mit der Einrichtung dieser Institutionen eine Art zweite Kammer wie das ehemalige preuß. Herrenhaus nur in modernisierter Form ähnlich dem englischen Oberhaus geschaffen wollen. Davon kann aber keine Rede sein. Der Entwurf I der A. V. von dem Reichsminister a. D. Prof. Dr. Preuß. sah ein Staatenhaus vor, an dessen Stelle ist der nach Wesen, Aufgabe und Wirksamkeit grundsätzlich von jenem verschiedenen Reichsrat gekommen: Dieser Reichsrat soll die deutschen Länder lediglich bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches vertreten. Die legislativen Befugnisse liegen allein beim Reichstage. Die gleiche Stellung hat der preussische Staatsrat nur mit dem Unterschied, daß er eine Vertretung der preussischen Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung des preuß. Staates ist. — Seine Mitglieder (und zwar mindestens drei für jede Provinz, im übrigen auf je 500 000 Einwohner eines, wobei ein Rest von 250 000 vollen 500 000 gleich steht, werden von den Provinziallandtagen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der das 25. Lebensjahr vollendet und seinen Wohnsitz ein Jahr in der Provinz hat. Ueber die Stellung des Staatsrates ist folgendes zu erwähnen: Das Staatsministerium hat dem Staatsrat fortlaufend Bericht über die Führung der Staatsgeschäfte zu erstatten. Vor Einbringung von Gesetzesvorlagen ist der Staatsrat gutachtlich zu hören; dieser ist aber seinerseits berechtigt, Gesetzesvorlagen durch das Staatsministerium an den Landtag zu bringen. Auch steht ihm gegen die vom Landtage beschlossenen Gesetze ein Einspruchs-

recht zu, welches nur durch eine zwei Drittel Mehrheit im Landtag oder durch Volksentscheid bestätigt werden kann. Dagegen ist der Landtag nicht in der Lage, ohne Zustimmung des Staatsrates Ausgaben zu beschließen, die über den vom Staatsministerium vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen. Die Herbeiführung eines Volksentscheides ist hier nicht zulässig.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß sich aus der Stellung der Provinzen ein Staatsrat mit Notwendigkeit ergibt, ihnen in Zukunft in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten eine größere Selbständigkeit zu geben. Dieses soll auch geschehen. Die Verfassung gibt aber für die weitere Ausgestaltung der Provinzialverwaltung nur allgemeine Richtlinien an und behält alles Einzelne insbes. die Gliederung der Provinzen selbst der demnächst zu erfolgendem sozialgesetzlichen Regelung vor. Es ist jedoch schon jetzt durch die Verfassung festgelegt, daß die Provinzen einmal selbständig die ihnen gesetzlich obliegenden oder freiwillig von ihnen übernommenen eigenen Angelegenheiten verwalten, sodann aber als Beauftragte des Staates die ihnen von diesem übertragenen staatlichen Angelegenheiten ausführen sollen. Durch Gesetz sollen solche Auftragsangelegenheiten den Provinzen übertragen sowie der Kreis ihrer Selbstverwaltungsangelegenheiten erweitert werden. Wichtig ist aber vor allem, daß in Zukunft die Provinzen ihre Geschäfte durch ihre eigenen Organe und nicht wie bisher durch Staatsbeamte, auf deren Ernennung sie keinen Einfluß hatten, verwalten werden.

Wenn im Reich die Tendenz dahin geht, die Selbständigkeit der Länder zu beschränken, so ergibt sich für die preussischen Provinzen das Umgekehrte. Die Entwicklung im Reich wie in Preußen strebt aber so entgegengesetzt sie zu sein scheint, dem gleichen Ziele zu: Autonome Selbstverwaltungskörper zu bilden. Die völlig territoriale Neugliederung Deutschlands ist nur eine Frage der Zukunft. Abgesehen ist aber mit aller Schärfe ein vorzeitiges Aufgehen Preußens im Reich. Noch ist die geschichtliche Sendung Preußens im Reich nicht endgültig erfüllt und der Entwicklungsprozeß der Länder in der oben gezeichneten Richtung noch nicht vollendet. Das Aufgehen der Länder im Reich, das nur gleichzeitig und gleichmäßig erfolgen kann, ist aber hiervon abhängig, wie ich glaube gezeigt zu haben. Bei diesem Umbildungsprozeß ist besonders die wirtschaftliche und kulturelle Eigenart der entstehenden Gebietskörperschaften zu erstreben und sicherzustellen. Die Wege hierzu finden sich in den neuen Verfassungen des Reiches und Preußens angedeutet. — Die wichtigsten und staatspolitisch am meisten interessierenden Einrichtungen und Probleme der neuen preussischen Verfassung, die sich j. B. sogar wirklich an die A. V. anschließt, wenn es sich um die gleichen Institutionen wie j. B. Wahlprüfungsgericht oder Untersuchungsausschuß handelt, dürften hiermit erschöpft sein.

Ein nationaler Trauertag.

In Berlin, 13. Nov. (Sig. Draht.) Die Fraktionen der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung um schleunige Verordnung eines Gesehtentwurfes zu ersuchen, durch den ein nationaler Trauertag für die Opfer des Krieges eingeführt wird.“

Die deutsche Schuldsomme.

2000 Milliarden Papiermark.

L. H. Paris, 12. Nov. Nach dem „Petit Parisien“ steht zwischen England und Frankreich über die Postur bei der Erörterung der Wiedergutmachung eine Verständigung bevor, bei der dem Wiedergutmachungsausschuß seine Rolle gewahrt bleibt. Gleichwohl sind unter den Alliierten, noch schwierige Frage zu regeln, so die Frage der Pfänder und der Sühnmaßnahmen, vor allem aber die außerordentlich schwierige Besprechung der deutschen Schuldsomme. Diese wurde bisher in Goldmark berechnet. Es wird nun an der Zeit sein, daß man die Summe, die bisher ungefähr abgeklärt wurde, in Papiermark umrechnet, da in Deutschland gegenwärtig kein Gold kursiert. Die Mark hatte vor dem Kriege einen Wert von 1.25 Francs, ist aber jetzt auf 20 Centimes gefallen. Man muß also die Summe mit 6 multiplizieren, um die Summe herauszubekommen, die Deutschland bezahlen soll. Wenn es sich für Frankreich um 220 Milliarden Goldmark handelt, muß man jetzt mit 1300 Milliarden Papiermark rechnen. Da Frankreich nur 52 von 108 der deutschen Schuldsomme bekommen soll, so sind es mehr als 2000 Milliarden Mark, die die deutsche Schuldsomme im ganzen betragen wird.

Eine tüpfe Säufung.

Flanellstoffe von W. Z. Eichen.

Glacé und verfeinert.

Es war in die Wagen fahend, daß der glückliche Lieber, mit hoch über sich zu ihm hingegen fühlte. Es war umhüllend, daß der Schreier die gute Partie zu fassen, das sah sie ein und wollte es tun, mochte ihr Herz auch dabei brechen. Er hatte nicht mit dem Verstand, sondern mit

Um die Kohlensozialisierung.

Im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ist unter Führung des Abg. Stimmes ein Sozialisierungsvorschlag für den Kohlenbergbau angenommen worden, der unter anderem eine Gewinnbeteiligung der Bergarbeiter durch Kleinaktien vorsieht. Der alte Arbeitgeberverband erklärt gegen diesen Vorschlag, dem auch sein Mitglied Wagner zugestimmt hat, eine außerordentlich scharfe Erklärung. Herr Hue bezeichnet die Tatsache der Zustimmung durch ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes als Skandal. Mit solchen Argumenten kommt man freilich der Lösung jener schwierigen Aufgabe nicht näher. Das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Wilhelm Beckmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten hat im Reichswirtschaftsrat einen Gesetzentwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues eingebracht, der die Lösung der Frage vom Standpunkte der Bodenreform aus versucht. Dieser Entwurf ist vom Abg. Erselenz (Dem.) gleichzeitig dem Reichstage zugänglich gemacht worden. Abg. Erselenz hat außerdem einen Entwurf über die Arbeitsgesellschaften im Kohlenbergbau dem Reichstage vorgelegt.

Uns liegt über die Verhandlungen folgender Bericht vor:

tu. Berlin, 12. Nov. Nachdem der Kohlenausschuss des Reichswirtschaftsrates heute vormittag eine Sitzung abgehalten hatte, die sich mit den Lohnsteigerungen im Bergbau befaßte und ohne Beschluß vertagt wurde, trat gegen 2 Uhr nachmittags im großen Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses der Untersuchungsausschuss für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zusammen. Den Beratungen lag der Verständigungsvorschlag der Siebenerkommission und der Gegenvorschlag der Minderheit, Vorschlag Werner (Arbeitgeber), zugrunde. Die Verhandlungen leitete der Präsident des Reichswirtschaftsrates von Braun. Als erster Redner kritisierte Umbreit (Arbeitnehmer) den Verständigungsvorschlag. Er bemängelte, daß die den Arbeitnehmern zu gewährenden kleinen Aktien nicht geeignet zu sein schienen, ihnen den gewünschten Einfluß zu sichern. Der Weg der Interessengemeinschaft führe nicht zur Gemeinwirtschaft, sondern von ihr fort. Das einzige planwirtschaftliche Element der Wirtschaft sei der Gedanke der Wirtschaftsgemeinschaft. Die Richtlinien der Mehrheit, führen nicht zu dem gewünschten Ziel, bringen uns dem Sozialismus nicht näher. Daher können uns die Vorschläge nicht befriedigen. Auch der deutsche Bergarbeiterverband bezeichnet die Kleinaktie als eine plumpe Fälschung des Sozialisierungsgebildes. Das Kohlenabkommen von Spaai ist ohne Mehrarbeit der Bergarbeiter nicht durchführbar. Man darf sich aber jetzt nicht mit dem Einsingerei der Kleinaktie abzugeben versuchen.

Sparsamkeitsdebatten im Reichshaushaltsausschuss

Die Beratung des Etats des Ernährungsministeriums wurde am Freitag im Haushaltsausschuss des Reichstages zu Ende geführt. Bei der Besprechung der einzelnen Etatstitel griff auch der Vertreter des Reichsfinanzministeriums wiederholt ein, um auf Sparsamkeit zu dringen. Ein Antrag der verschiedenen Parteien will alle Beamtenstellen, für die ein Bedürfnis nicht besteht, in Wegfall bringen. Vom Reichsfinanzministerium wurde die Notwendigkeit der Vereinfachung des Verwaltungsapparates betont; im laufenden Jahre sei eine Verbilligung um 25 Proz. beabsichtigt. Trotz mancher unvermeidlichen Härten müsse der Abbau versucht werden. Der demokratische Abgeordnete Bachnide wünschte, daß nicht nur im Finanzministerium, sondern auch bei den übrigen Ministerien energisch abgebaut werde. Aber der Antrag gehörte in ein allgemeines Etatsgesetz und sei deshalb hier abzulehnen. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Auf die Wünsche nach Ausbau der biologischen Reichsanstalt antwortete der Minister, daß früher die Anstalt nicht genug für die praktische Landwirtschaft gearbeitet habe. Die Schädlingsbekämpfung müsse nach praktischen Grundsätzen durchgeführt werden. Die Getreidezucht sei bisher nicht gepflegt worden. Auf Anfrage des Abg. Bachnide wurde weiter erklärt, daß die Ernteschätzungen bereits erfolgt seien und die einschlägigen Statistiken notwendig wären. Ein Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Biologische Reichsanstalt wird zurückgezogen und in Form einer Resolution eingebracht und angenommen. Ein Antrag auf höhere Strafen bei bösser Zurechnung von Brotgetreide gibt dem Minister Gelegenheit, zu erklären, daß schärfere Maßnahmen gegen fäulnisgefördernde Ergriffe werden sollen. Das erstreckte sich besonders auf die Hefenablieferung. Der Antrag wird nach diesen Erklärungen abgelehnt. Man erfährt weiter noch, daß sich die Verbindungsaktion des Reiches und auf Brot beziehen soll und daß die Reichsartoffelstelle schon stark abgebaut sei und im nächsten Jahre aufgelöst werden solle. Gegen die erheblichen Viehverlustrungen nach dem Auslande seien verstärkte Vorkehrungen getroffen worden. Heute, Sonnabend, beginnt der Haushaltsausschuss die Beratung des Reichswirtschaftsministeriums.

Die Lostrennung von Cuxen und Malmby.

wtb. Haag, 12. Nov. „Het Vaterland“ findet es begreiflich, daß die Lostrennung von Cuxen und Malmby eine schwer zu schließende Wunde zurückgelassen habe. Die deutschen Blätter sprechen nicht mit Unrecht von der Komödie der Protestlisten, die niemand habe unterzeichnen können, der nicht seine ganze Existenz aufs Spiel setzen wollte. Es sei nicht verwunderlich, daß man in Deutschland die Lostrennung als eine Tat des belgischen Imperialismus und des französischen Militarismus ansieht. Zur Beilegung des Rheinlandes bemerkt das Blatt, es sehe so aus, als ob einzelne Befehlsmächte die Befehle weniger im Sinne eines Unterpfandes, als in dem einer rein militärischen Machtpolitik, wenn nicht einer Imperialismuspolitik betrachten. Außerdem werde die Presse in Ketten gelegt. Eine Freiheit des Wortes bestehe nicht. Daß einige deutsche Blätter dazu übergingen, eine gereinigte Ausgabe für das besetzte Gebiet erscheinen zu lassen, sei bezeichnend genug. Der sozialistische Vordrängler führe aus, man könne sich darauf gefaßt machen, daß die Regierung Millerands neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vorbereite. Es sei Zeit, daß bei einem Versuch, Deutschland völlig in den Sklavendienst der Pariser Regierung zu zwingen, die Stimme des Volkes sich erhebe, um endlich dem schwarzen Werk der französischen Reaktion Grenzen zu ziehen. „Standard“ sagt, Deutschland stehe tief in Sorgen und nur eine Revision des Vertrages von Versailles könne Hilfe bringen.

tu. Aachen, 13. Nov. (Sig. Draht.) In der Sitzung der Stadtverordneten teilte der Bürgermeister von Cuxen, Graf Metter-

nich, mit, daß er sich nicht entschließen könne, den Belgiern den Treueid zu leisten und daß deswegen der Gouverneur seine Entlassung zum 1. Dezember angeordnet habe.

Die Selbstständigkeit Irlands.

wtb. London, 12. Nov. (Reuter). (Unterhaus). Die Home-rule Bill wurde in 3. Lesung mit 183 gegen 25 Stimmen angenommen. Carson erklärte, Ulster werde sein Bestes tun, um das Gesetz wirksam zu machen. Er appelliert an die Ulsterleute, ein Beispiel für religiöse Mäßigung zu geben.

wtb. London, 11. Nov. Reuter meldet, daß die heute bei der 3. Lesung der Home-rule Bill gehaltenen Reden sehr gemäßigter Natur waren. Asquith trat dafür ein, daß eine wirkliche Grundlage für eine Regelung gefunden werde. Lloyd George hob nachdrücklich hervor, daß die Bedingungen für die Gewährung von Home-rule die Aufrechterhaltung der Integrität Irlands und die Verbürgung der strategischen Sicherheit des Vereinigten Königreiches seien. Desgleichen dürfe auf Ulster kein Zwang ausgeübt werden. Lloyd George trat ferner für die Notwendigkeit völliger Kontrolle der irischen Häfen ein.

Die Deutsche Wtg. Zeitung schreibt dazu: Die Home-rule Bill, wie sie nunmehr angenommen worden ist, nachdem übrigens zu Beginn der Aussprache der Vorrede der Arbeiterpartei, Ramsden, einen Verwerfungsantrag gestellt hatte, bedeutet ein Kompromiß. In ihr versucht Lloyd George gewissermaßen die Forderungen der irischen Nationalisten und der Ulsterleute zu vereinen. Bekanntlich hatte der Sprecher der protestantischen Bevölkerung von Ulster, Sir Edward Carson, sich einst durch Aufstellung einer eigenen bewaffneten Macht gegen eine Home-rule-Vorlage zu schützen gesucht, die dem katholischen Element im Lande auch das Übergewicht im Norden verschafft hätte. Denn die Gegensätze zwischen Ulster und dem übrigen Irland sind mehr religiöser Natur, als daß sie auf dem Unterschied zwischen Kelt und Angelfachen beruhen. Nach dem letzten Vorschlag, der Sir Edward Carsons Willigung gefunden hat, wird Irland in zwei autonome Gebiete zerfallen mit eigenen Volksvertretungen, Verwaltungen usw. Damit wäre zwar den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung von Ulster Genüge getan, aber in den nördlichen Grafschaften befindet sich auch eine nicht unerhebliche katholische Minderheit, auf die Carson mit seinem Appell an den Geist der Duldsamkeit seiner Landsleute zu wirken gesucht hat.

Die Nationalisten werden sich natürlich mit der Teilung Irlands nichts annehmen lassen, und das neue Gesetz, das nach Auffassung der Nationalisten natürlich gänzlich unzulänglich ist, dürfte kaum die Wirkung haben, die Aufregung zu beschwichtigen, die auf der grünen Insel tobt. Die von beiden Seiten, den Engländern als Vertretern der Staatsgewalt ebenso wie von den im Namen der „irischen Republik“ handelnden Sinnverirrten ausgehenden Gewalttaten haben einen Zustand geschaffen, der sich mit gleichberechtigten Maßnahmen nicht mehr aus der Welt schaffen läßt. Lloyd George hält es für möglich, durch Anwendung von Gewalt der Bewegung Herr zu werden, und er hofft wohl, daß die gemäßigteren Elemente unter den Nationalisten sich durch das neue Selbstverwaltungssystem auf die Dauer vielleicht doch werden gewinnen lassen können. Jedenfalls bildet die irische Frage im Augenblick und für lange hinaus noch das bedeutendste Problem der englischen Politik.

Die Orgeß in Pommern.

Der Stettiner „Volksbote“ ist in den Besitz eines Geheimschreibens gelangt, in dem ein Freiherr v. Nettelbladt am 13. Oktober den beiden Regierungspräsidenten in Stettin und Köslin die Rüste über die zur Anmeldung gelangten Waffen überfendend und zugibt, daß es sich durchweg um Waffen handle, die seinerzeit an die Einwohnerwehren verteilt worden waren. In dem Schreiben wird ferner betont, daß in der Rüste die für einzeln liegende Geschosse, Güter und Ortschaften die zur Abwehr von Banden erforderlichen Zahlen an Gewehren mitaufgenommen seien. „Die Befassung dieser Waffen für die bezeichneten Verhältnisse ist... dringend geboten und wird beantragt.“ Der Antrag wird dann mit der Unsicherheit auf dem Lande begründet, auch damit, daß der Staat dem Lande nicht den „notwendigen Schutz“ für die große Aufgabe der Volksernährung gewährleisten könne; die Landbevölkerung müsse daher diesem Schutz selbst übernehmen und brauche die beantragten Waffen.

Der „Volksbote“ bemerkt hierzu noch, daß die Kreise Neustettin, Dramburg, Schivelbein und Belgard, die nach der Rüste des Herrn v. Nettelbladt keine Waffen haben, von Waffen geradezu frohen. Im Kreise Neustettin seien allein noch 1500 Gewehre in den Händen der „unpolitischen“ Landbändler, um deren Bewaffnung allein es sich handle. Wir wissen nicht, ob die letzte Angabe des „Volksboten“ zutrifft, was aber in dem Geheimschreiben vom 13. Oktober gefordert wird, ist ungeschicklich und läuft auf nichts anderes hinaus, als einen bewaffneten Selbstschutz der Landbändler, die mit der Orgeß im engsten Zusammenhang stehen. In derselben Nummer (vom 3. November) berichtet der „Volksbote“, daß auf dem Gute Zimmerhausen bei Plathe ein Arbeiter 18 Karabiner und 8 Infanteriegewehre unter einem großen Weidenbusch versteckt gefunden habe, und zwar im Park des Besitzers des Gutes. Die Waffen waren frisch eingesetzt und konnten erst am Tage vorher dorthin gebracht worden sein, weil kurz zuvor Gutsarbeiter an der gleichen Stelle nichts entdeckt hatten.

Rundschau.

Die Demokratie in Bremen. Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Bremen trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Leiter, Dr. Böhmert, führte aus, daß die Entwicklung der Demokratischen Partei in letzter Zeit sehr erfreulich gewesen und die Mitgliederzahl der Vereine gestiegen sei. Es wurde beschlossen, auf dem Reichsparteitag mehrere Anträge zu stellen, und zwar zugunsten der Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reich, für die Sicherstellung der Wahl eines demokratischen Angestelltenvertreters bei den Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberschlesien und zur Linderung der Notlage der kleinen Rentner. In einem vierten Antrag lädt der Parteiausschuss dazu ein, Bremen als Ort des nächsten Parteitag zu wählen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stubmann Senator in Hamburg. Bei der gestrigen Eröffnung für den verstorbenen Hamburger Senator Garrels wurde der demokratische

Reichstagsabg. Dr. Peter Stubmann gewählt. Dr. Stubmann war früher Syndikus des Vereins Hamburger Reder und eine zeitlang Staatsminister in Mecklenburg-Strelitz. Da Herr Dr. Stubmann sein Reichstagsmandat niederzulegen beabsichtigt, wird der frühere Reichstagsabgeordnete und Mecklenburg-Schwerinsche Unterrichtsminister Stöckisch wieder in den Reichstag einziehen.

Oldenburg will selbstständig bleiben. In einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Oldenburg sprach sich Ministerpräsident Tamm gegen eine staatliche Veränderung (Zuschlagung zu einem Staat Niedersachsen, Bremen usw.) aus. Die Oldenburgischen Staatsfinanzen seien günstiger als die der meisten anderen deutschen Länder, der Etat werde auch im nächsten Jahre mit Steuern annähernd balanciert werden können.

Ein Fiasko. Der Partikularismus, den die Schleswig-Holsteinische Landespartei jetzt in der Nordmark zu fördern sucht, scheint dort wenig Boden zu gewinnen. Zu einer Wählerversammlung, die diese Partei zum 5. November nach Al-Rahstedt einberufen hatte, und auf der der Kandidat der Partei Leube aus Otmarschen sprechen sollte, hatte sich gerade ein einziger Zuhörer eingefunden. Die Schleswig-Holsteinische Landespartei hat danach also die beste Absicht, in Al-Rahstedt „einstimmig“ gewählt zu werden.

Der „Handwerkerführer“ Bogt abgesetzt. Der Schneidermeister Bogt, Vorsitzender des Bundes der Handwerker, pflegte vor dem Kriege feder aufzutreten, als es der Bedeutung seines Vereins entsprach. Mit seiner Geschäftsführung hat aber der Bund nun traurige Erfahrungen gemacht. Die Thüringer Mitglieder haben daher einen eigenen mitteldeutschen Handwerkerbund gegründet und sich von Herrn Bogt losgesagt.

Ein deutschnationaler Patriot. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ meldet, soll der deutschnationale Landtagsabg. Hager in Heidelberg als Vertreter einer Heidelberger Firma in Verhandlungen mit einer Ententekommission Schritte getan haben, die eine schwere finanzielle Schädigung des Reiches herbeiführen könnten. Die Firma, deren Vertreter Hager war, hatte eine Luftschiffhalle von der Entente zurückgekauft. Um dieser Firma einen möglichst großen Gewinn zu sichern, soll Hager die Ententekommission dahingedrängt haben, von der Reichsregierung zu verlangen, daß mit der nach dem Friedensvertrage abzulebenden Luftschiffhalle auch alle Anbauten und Nebengebäude der Entente überlassen werden, während die Reichsregierung sich, entsprechend dem Wortlaut des Versailler Vertrages, auf den Standpunkt stellte, daß nur die eigentliche Halle, nicht aber die Anbauten abzuliefern seien.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

13. November.

Glockentöne.

Ja, wenn man das könnte! —
Wenn man die Glockentöne mit den Händen auffangen könnte und sie, belaufend, an's Ohr halten könnte! —
O, das wäre so schön! —
Ganze Landschaften könnte man wieder sehen, Menschen, gestirht, Gärten und Bäume. Ach, so viel! —
Ich fange eine Reihe Glockentöne aus meiner Heimat und halte sie an's Ohr. —
Da rieche ich Sonntagsbraten. Da fühle ich, wie ein großes Verwundern in meine Augen steigt. Ich habe meinen neuen Rittel angezogen und komme mir so frischlich vor. Die heimatischen Wiesen rieche ich wieder, den Frühling, den Sommer. Ostern, Schule, Pfingsten, Kinderfest, Karussell, Weihnachtsen gehen und durchtanzen mein Herz. Ach, es ist so lange schon her!
Ich fange eine Reihe Glockentöne aus Ausland und halte sie an's Ohr. —
Gunter fühle ich. — Ungeziefer. — Ich sehe mich wieder hundemüde in einem Erdloch liegen. Und wo die Äußen drüben sitzen, tönt ein Gesang, daß einem fast das Herz zergerst. — Eine Balalaika-Melodie. — Und ich sehe den Schnee vom Himmel herniederfallen, vom russischen Himmel. Und es ist, als ob die Ewigkeit weiß her niedererschwebte.

Eine Strophe flandrischer Glockentöne fange ich in meine Hände und halte sie bezaubernd an mein Ohr. —
Und nun sehe ich mich wieder, buchstabierend, ein Ladenschild enträtselnd, ein komisches Ladenschild. Kinder sehe ich, frohblonde Jüngens, die halbe Hosentlappe auf. Schön bestickte Hosenträger. — Singen, Pfeifen. Ich sehe wieder Kommen, Komale, endlose Pappelreihen, buntenfärbige, fromme Kapellen. Jetzt fühle ich den Wind, den flandrischen Wind, jetzt fühle ich den Regen, den unaufhörlichen, kalten, nebligen, flandrischen Regen.

Ja, die Glockentöne! — Wo sind sie hin? —
Es ist, als ob Gott für jede Glocke auf der Welt eine Melodie erfunden hätte. Eine Melodie, die er aus flandrischen und Menschen geholt hat. Und aus ihren Geheimnissen und aus ihrer Liebe hat er sie herausgesucht.

Ja, so ist's. —
Er läßt die Glockentöne an die Herzen der Menschen pochen wie einen Hammer der Ewigkeit.

Max Jungnickel.

ta. Wichtig für Eltern von taubstummen, Blinden, schwachhörigen und kurzichtigen Kindern. Nach den gemachten Beobachtungen ist es immer noch viel zu wenig bekannt, daß die Provinzialverbände nicht nur für den Unterricht blinder und taubstummer Kinder besondere Anstalten und Schulen eingerichtet haben, sondern daß derartige Schulen auch solche Kinder aufnehmen, die wegen starker Schwerhörigkeit oder Taubheit, wegen mangelhafter Sprache oder hochgradiger Schwachsinigkeit dem Unterricht in der allgemeinen Volksschule nicht folgen können. Der allen diesen Kindern erteilte besondere Unterricht in den Taubstummen-

Dr. Stüb-
burger Needer-
burg-Strelitz
niederzu-
geordnet
minister Stüb-
burger
in Obdenburg
eine staatliche
Niederlagen
Staatsfinanzen
tischen Länder
Steuern an
die Schleswig-
mark zu fördern
en. Zu einer
5. November
der der Kam-
sprechen sollte
gekommen. Die
nach also die
gewählt zu
Der Schneider-
Handwerker,
es der Weber-
Geschäftsfüh-
rungen gemacht
einen eigenen
und sich von
„Heidelberg-
Landtagsab-
elberger Firma
Mission Schritte
schädigung der
Firma, deren
Halle von der
inen möglich
Ente Kommission
zu verlangen,
leisenden Auf-
bäude der En-
regierung sich
Vertrages, auf
he Halle, nicht
ensberg.
r. 151.
November.
den auffangen
können! —
en, Menschen-
einer Heimat
ich, wie ein
mit. Ich habe
mir so früh-
wieder, den
gsten, Kinder-
htungen mein
Rußland und
Ich sehe mich
und wo die
nem fast das
... Und ich
... vom russi-
sch weiß her-
fange ich in
ein Ohr.
abierend, ein
Bild. Kinder
entklappe auf.
Weisen. Ich
reichen, bunt-
en Wind, den
den unauf-
hin? —
er Welt eine
aus Land-
ren Geheim-
geheuchelt.
Der Menschen
Jungnickel.
en, blinden,
den gemäch-
enig bekannt.
in Unterricht
nfallen und
tliche Schulen
tliche Schwer-
Sprache oder
in der all-
allen diesen
ubstommen-

und Blindenanstalten verspricht natürlich nur dann vollen Erfolg, wenn die Kinder möglichst sofort vom Beginn des schulpflichtigen Alters ab daran teilnehmen. Es liegt nicht im Interesse der Kinder, wenn erst kostbare Zeit mit dem — für sie nutzlosen — Unterricht in der allgemeinen Volksschule verloren wird, ehe sie dem für sie notwendigen besonderen Unterricht zugeführt werden. Es ist deshalb erforderlich, daß die Eltern derartiger Kinder vor Eintritt in das schulpflichtige Alter bei dem Landeshauptmann der Provinz Westfalen in Münster schriftlich anmelden. Die Anmeldung soll enthalten: Vor- und Zuname, Wohnort und Wohnung (Straße und Hausnummer) des Kindes, Tag, Monat und Jahr seiner Geburt, sowie Religion und die Art seines Leidens.

Deutsche Kinderhilfe. Am Oftertag der deutschen Kinderhilfe, dem 1. Adventsonntag, wird auch in den evangelischen Kirchen eine Kirchenversammlung für die notleidenden Kinder erhoben, deren Erträge ausschließlich den evangelischen Liebeswerken, die sich mit der Fürsorge für die notleidenden Kinderwelt befassen, zugute kommen soll. Diese Werke sind zumeist durch die furchtbare Leuerung in geradezu verhängnisvoller Notlage, so daß die Bewilligung der Kirchenversammlung durch den Oberkirchenrat sehr zu begrüßen ist.

Gegen die ausländischen Zigaretten. Interessante Beobachtungen über die Zusammensetzung der Kundenschaft für englische und amerikanische Zigaretten hat ein Zigarettengeschäftsinhaber in Duisburg gemacht, der seit einiger Zeit diese fremdländischen Waren nicht mehr führt. Von den Nachfragern nach englischen Zigaretten gehörten 10 Prozent dem Angehörigen, Beamten- u. Kaufmannstande, 20 Prozent dem Schiffer- und 70 Prozent dem Arbeiterstande an. Von diesen Nachfragenden waren 10 Prozent ehemalige Kriegsgefangene. Auf die Frage: „Haben Sie englische Zigaretten?“ entwickelte sich zwischen dem Geschäftsinhaber und den Käufern jedesmal folgendes Zwiegespräch: „Bedauere, ich habe nur deutsche Zigaretten!“ — „Haben Sie gar keine ausländischen?“ — „Nein.“ Sie sind hier in einem deutschen Geschäft, da muß ich deutsche Zigaretten verkaufen, die ein deutscher Arbeiter gemacht hat!“ — „Mein, deutsche Zigaretten mag ich nicht!“ Der Kunde geht ab — entrüstet. Einzelne nehmen anstandslos ein oder zwei deutsche, legen aber bestimmt einen großen Geldschein hin, möglichst den üblichen 50-Marktschein. Selbst die Vorhaltung, einen deutschen Arbeiter zu unterwerfen, macht keinen Eindruck auf den Käufer. Die Einwendung, daß wieder einmal viele Käufer am Genuß englischer Zigaretten erkrankt sind, läßt ihn kalt. Nur höchstens 5 Prozent erklärt, fernerhin nur ein deutsches Erzeugnis rauchen zu wollen. — Ich bin, so fügt dem der Geschäftsmann hinzu, im besetzten Gebiet und zähle zu meiner Kundenschaft Mannschaften und Offiziere der Entente, diese sind gute Kunden und rauchen deutsche Zigaretten, also kann doch unsere Ware nicht schlecht sein. — An dieser Tatsache, die völlig der Wirklichkeit entspricht und zuverlässig beobachtet ist, sieht man, wie der deutsche Mann ruhig zu sehen kann, wie uns der Feind alles abnimmt und ihn auch noch unterwirft, damit er seine Waren und Fertigfabrikate hier los wird.

u. 3. Abonnements-Konzert der Konzertgesellschaft. Es sei schon jetzt auf das 3. Abonnements-Konzert am 24. November — das letzte in diesem Jahre — hingewiesen. Das Programm bietet diesmal nur rein instrumentale Werke, aber Werke größter Form moderner Komponisten. Im Mittelpunkt steht Bruckner mit seiner großen 9. Symphonie, die in mancher Beziehung mit Beethovens „Neunter“ zu vergleichen ist. Bruckner widmete diese seine letzte Symphonie „dem lieben Gott“. Besonders hinzuweisen ist dann auf ein Werk von Sigmund v. Haussegger „Aufklänge“, symphonische Variationen über ein Kinderlied („Schlaf, Kindlein schlaf“), das im Festkonzert des Allgemeinen Deutschen Musikvereins in Berlin am 30. Mai 1919 seine Uraufführung erlebte. Man hält die „Aufklänge“ für das „reife und innerlich freieste Werk“ Hausseggers. Ferner gelangen noch drei Vorspiele zu „Palestrina“ (dramatische Legende) von Piskner zur Aufführung. In den nächsten Tagen werden wir uns an dieser Stelle noch näher mit den Werken beschäftigen. Jedenfalls wird das 3. Abonnements-Konzert, zu dessen Aufführung das Orchester aus 80 Mann verstärkt wird, ein Ereignis für Herford werden.

h. Geflügelausstellung. Man schreibt uns: Am Dienstag, den 16., und Buß- und Betttag, den 17. November, veranstaltet der Geflügelzucht-Verein „Mittefind“ im Saale des Wirts Spilker, Bielefelderstraße, seine diesjährige Geflügelausstellung, verbunden mit einer Verlosung u. Preis-schießen von lebendem Geflügel, Kaninchen, Eiern und sonstigen nützlichen Gegenständen. Der Verein erweist sich in dieser Gegend in Anbetracht seiner züchterischen Leistungen eines sehr guten Rufes, so daß allen Freunden und Gönnern der Geflügelzucht der Besuch der Ausstellung warm empfohlen werden kann. Wer sich einen schönen Stamm Fühner anschaffen will, versäume nicht, die ausgestellten Tiere anzusehen, da in diesem Jahre vielerlei Rassen vertreten sind, und somit eine günstige Kaufgelegenheit vorhanden ist.

sch. Literarischer Abend. Wie wir hören, ist es gelungen, den sonnigen Frühlingssänger Max Jungnickel in die Mauern Herfords zu bringen. Am Sonntagabend, den 27. d. Mts., wird er in der Aula des Friedrichs-Gymnasiums aus seinen Dichtungen vorlesen. Der Vorverkauf hat in der Buchhandlung von Friedrich Kortkamp, Alter Markt, begonnen.

Im Silberkranz. Die Eheleute Johann Wentheim, Hellenweg 5, begehen am morgigen Sonntag die 25jährige Wiederkehr ihres Hochzeitstages. Hart waren die Schicksalsschläge, welche die Familie durch den Tod zweier Söhne auf dem Schlachtfelde getroffen haben, darum wünschen wir dem Silberpaare umso mehr, daß es die kommenden Lebensjahre gemeinsam in Gesundheit und Zufriedenheit verleben möge.

Auch die Eheleute Schuhmachermeister Hermann Siebrasse und Frau, Wellbroderweg 72, begehen mor-

gen, Sonntag, das Fest der Silbernen Hochzeit. Wir wünschen dem beliebten Jubelpaare Glück und Segen!

Beilage. Unserer heutigen Auflage liegt ein Aufruf der Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei; den wir besonderer Beachtung empfehlen möchten.

Vippische Freistaaten.

b. Detmold. Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschloß sich mit den Wasserversäuren in Detmold. Insbesondere waren es diesmal die Räte der Außenbewohner. Der Wasserturm an der Meiersfelderstraße genügt nicht mehr den Anforderungen. Für die Anlage eines elektrischen Pumpwerkes usw. wurden 250 000 M. bewilligt. Die aus dem Beitrag der Stadt zu dem Wandestheater stammenden Gutscheine (1125 Stück) sollen zu Kinderdarstellungen und an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene verausgabt werden. Eine lebhaft ausgesprochene Zeitigte die Anstellung eines hauptamtlich tätigen Leiters des Wohnungsamtes. In der Wohnungsnote in Detmold wurde berichtet, daß 250 Wohnungsuchende auf der Liste stehen. Zu der Volksschule wurden 1000 M. bewilligt.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

wpl. Münster. Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde die Feuerwehr zur alten Trainfabrik gerufen, wo zahlreiche Stallungen in Brand stehen, die mit allen möglichen Materialien gefüllt, dem Feuer reichliche Nahrung geben. Auch die Kaserne selbst ist bedroht. Die Löscharbeiten der städtischen Feuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr Münster sowie einiger Vororte sind im Gange. Einzelheiten konnten noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

tu. Kassel. In der vorvergangenen Nacht wurde zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit in der Geschäftsstelle der Kasseler Organisation „Eichengasse“ des Jungdeutschen Ordens ein Einbruch verübt, dessen Einzelheiten darauf schließen lassen, daß auch dieser Einbruch aus politischen Beweggründen ausgeführt worden ist. Es wurden politische Akten gestohlen und auf der im Bureau befindlichen Selbstgraphenmaschine Abzüge wichtiger Geschäftsschriftstücke gemacht.

wpl. Dortmund. Von einem Eisenbahnzug überfahren und sofort getötet wurde auf dem hiesigen Rangierbahnhof gestern Abend der Eisenbahnbeamte Lange. Der Unglücksfall soll durch Ueberfahren des Haltesignals herbeigeführt worden sein.

wpl. Hörde. Auf der Zeche „Margarethe“ ereignete sich dadurch ein tödlicher Unglücksfall, daß ein Arbeiter zwischen zwei elektrische Maschinen geriet. Der Betroffene erlitt so schwere Brandwunden, daß er bald darauf starb.

wpl. Dillmen. Am hiesigen Orte wurden in den letzten Tagen verschiedene Einbrüche verübt. So wurden einem Veterinärarzt Silberbesteck, ärztliche Instrumente und Kleidungsstücke im Werte von 15 000 M. gestohlen. Bei einem Wädel holten sich Einbrecher für etwa 1000 M. Schokolade und Margarine, während einem Schuhmacher in der Nachtschicht durch die zertrümmerte Schaufensterscheibe die ausgestellten Schuhe entwendet wurden.

wtb. Königsberg. In Szenen bei Willenberg wurde vorgestern Abend der Besitzer Radzjowitsch und seine Eltern ermordet von Nachbarn aufgefunden. Seine Ehefrau war lebensgefährlich verletzt. Die Tat ist vermutlich von einem Polen, der einige Zeit bei R. arbeitete, begangen worden. Ob Raubmord oder ein Racheakt vorliegt, sieht noch nicht fest.

wtb. Weiden. In Josephsdorf wurde der Kaufmann Schneemann, auf den bereits am Donnerstag in der Straßenbahn ein Ueberfall unternommen worden war, in seinem Geschäft überfallen und erschossen. Die Ermittlungen über die Gründe dieser Tat sind noch nicht abgeschlossen.

Die Ueberführung Kaiser Heinrichs VII.

Dieser Tage fand in Pisa, der ehemaligen Reichsstadt Mittelitaliens, die feierliche Ueberführung der sterblichen Reste des deutschen Kaisers Heinrich VII. in den dortigen wundervollen Dom statt. Der König von Italien war dabei zugegen, kein deutscher Fürst, kein Vertreter des deutschen Reiches. Die Ueberführung zu der Umbettung des toten Kaisers wurde im Jahre 1912-13 gegeben, als ein deutscher Forscher dort die letzten Erinnerungen an die mittelalterliche Kaiserzeit und die ritterlichen Volksgenossen in Pisas Dienste sammelte. Die luxemburgische Regierung und der italienische Gesandte in Luxemburg bemühten sich in der Folgezeit um das Zustandekommen des Werkes. Wäre der Krieg nicht so traurig ausgefallen, dann hätte gewiß auch das Reich seine Dankeschuld an den edlen Kaiser durch eine würdige Beteiligung an den Feierlichkeiten abgetragen.

Kaiser Heinrich VII. einst die Hoffnung aller gut denkenden Menschen in Italien und Deutschland, der sehnlichst erwartete Friedenskaiser und Idealheld Dantes „Machieris“, des größten aller Dichter, dessen 600jähriger Todestag im kommenden Jahre (1921) in der ganzen Welt gefeiert werden soll; Heinrich VII. war nach Erlangung der Kaiserkrone zu Rom im Jahre 1312 wieder in seine getreue Stadt Pisa zurückgekehrt, um sich zum entscheidenden Kampfe gegen den Erbfeind, die Franzosen, zu rüsten, die sich in Neapel festgesetzt hatten.

Die Stadt war damals noch wohlhabend und tat alles, um dem kaiserlichen Herrn und seinen Begleitern das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten vor dem letzten Streite. Am 8. August 1313 verließ Heinrich mit großen Ehren Pisa, um gegen Neapel zu ziehen. Aber schon zwei Wochen später wurde der Kaiser in Buonconvento vom tödlichen Fieber allzusehr hinweggerafft. Mit ihm sanken die schönsten Hoffnungen aller Reichsfürsten ins Grab. In voller Rüstung trugen die Ritter den Sarg ihres Herrn auf den Schultern an der Seefähre entlang nach Pisa zurück. Am Sonntag, den 2. September 1313, fand dort das Totenamt und die feierliche Einsegnung im hohen Dome statt.

In der herrlichen Kathedrale wurde sein Leichnam auch zur ewigen Ruhe beigelegt. Ein prächtiger Sarkophag aus weißem Marmor mit den zwölf Apostelgestalten von erhabener Arbeit in Rundbogen-Nischen barg unter einem herrlichen Baldachin die Gebeine des fern von der deutschen Heimat dahingegangenen Kaisers, und oben auf ruht seine lebensgroße Marmorgestalt, vom Krönungsmantel mit eingewirkten Wölfen umhüllt.

Als Pisa von den feindlichen Quellen eingenommen war, wurde sein Grabmal im 16. Jahrhundert aus dem hohen Chore entfernt, und im Jahre 1830 hat man den bloßen Sarkophag im altertümlichen Friedhof (Campo-Santo) neben dem Dome aufgestellt, wo er bisher wehmütige Erinnerungen im nordischen Besucher erweckte. Nun ist das alte Kaiser-Grabmal im Dome selbst wiederhergestellt und die ehrwürdigen Reste im kunstreichen Sarkophag dorthin zurückgeführt, wo einst Erzbischof Balduino von Trier, der hochgenannte Bruder des Kaisers, sie trauernd eingeseget hatte.

Wir Deutsche aber können dankbar sein, daß Italiens König dem einstigen Oberherrn des Hauses Savoyen, dem 4. deutschen Kaiser, noch einmal die Totenmacht gehalten hat.

Sport.

Am morgigen Sonntag gähnt sich die 1. Mannschaft der Spielvereinigung-Union eine wohlverdiente Ruhepause. Dagegen treten die 2. 3. und 4. Mannschaften in Verbandsspielen an. Die 2. Mannschaft ist bei Fortuna-Wacker in Minden zu Gast, die 3. tritt um 11 Uhr auf dem Lüberbruch gegen die gleiche von Fortuna-Wacker an, während die 4. ebenfalls in Minden, aber gegen die 4. Mannschaft des Mindener Sportklubs spielen muß. Von den Jugendmannschaften spielen um 10 Uhr auf dem Lüberbruch W 2. Jgd. gegen Westfalia Gumbrecht, und die 2. B. Jgd. gegen Turn-Club Ratenport Herford auf dem Waldrieden. Gleichwertige Gegner stehen sich in sämtlichen Spielen gegenüber. Auf den Ausgang darf man gespannt sein.

Wirtschaftsleben.

Devisenturse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	11. Nov.		10. Nov.	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam-Rotterdam	2599,85	2603,15	2599,85	2606,15
Brüssel-Antwerpen	529,45	530,55	531,55	533,05
Christiania	1143,86	1146,15	1140,35	1142,60
Kopenhagen	1143,85	1146,15	1143,85	1146,50
Stockholm	1633,35	1641,65	1639,85	1643,15
Helsingfors	191,80	191,70	188,80	189,20
Trieste	294,70	295,30	292,2	292,80
London	294,70	295,30	295,70	296,30
Kewenau	87,53 1/2	87,71 1/2	86,91	87,29
Paris	49,60	50,60	50,15	51,05
Schweiz	131,15	133,85	133,10	133,85
Spanien	1048,95	1051,05	1063,80	1066,10
Wien (alt)	—	—	21,97	22,03
Wien (neue)	—	—	23,59 1/2	23,6 1/2
Budapest	88,24 1/2	88,47 1/2	88,15	88,35
Budapest	15,60 1/2	15,84 1/2	15,48	15,52

Zur Lage des Wollmarktes. Uebervolle Lager in den Wollproduktionsländern, wie auch in den ausländischen Zwischenhandelsplätzen drängen nach Absatz, in jüngster Zeit auch recht merkbar in Deutschland. Das gibt dem deutschen Käufer auf dem Weltmarkt eine gewisse Stärke, so schwer ihm auch im übrigen die Verhältnisse das Geschäft zur Zeit machen. Die gegen Ende des Krieges vorgenommenen großen staatsseitigen Rohstofffinanzierungen, insbesondere die von England gegenüber Australien in Erwartung einer starken Wollaufnahme nach dem Kriege eingegangenen Transaktionen drücken immer stärker auf den Weltmarkt. Die Spekulation auf einen starken Wollabsatz nach dem Kriege hat sich als falsch herausgestellt und die neuen Wollschuren, insbesondere von Australien, aber auch vom Cap La Plata und England suchen den Käufer in allen früheren Absatzländern. In Sidney wird vom 8. bis 18. November ein Stof von 30 000 Ballen zum Angebot kommen. Von der Beteiligung an den australischen Auktionen wird gesagt, daß sie für beste Wollen gut ist. Ein Kontinent rein gewaschen ohne Speisen werden augenblicklich gute kräftige Bliese im Schweiz von guter Farbe und Länge, 2 A Feinheit, fast fehlerfrei, mit 118 M. Wollwolle im Schweiz, von guter Länge und Farbe, 2 1/2 A Feinheit, dabei einige Fehler erlaubt, für guten, kräftigen Handelszug mit 109 M. per Kilo quotiert. Besonders stark ist das Angebot nach Deutschland in Kamzug aus Frankreich, wo große Vorräte bei stösendem Absatz die Besitzer zum Verkauf drängen. Dieser Lage und der Abschlüsse in Deutschland entsprechende Zurückhaltung der Käufer für den deutschen Wollbedarf dürfte weitere Zugeständnisse in den Preisen von Seiten der Franzosen zur Folge haben. Auf den deutschen Preis wirkt natürlich die Verschlechterung der deutschen Valuta verteuern. Das Bremer Wollgeschäft liegt still.

NIVEA

Vorbeugend, heilend, lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen, kleinen Verletzungen, Brandwunden und leichten Ausschlägen wirkt Nivea-Creme.

B. Beiersdorf & Co., G. m. b. H., Hamburg.
Hersteller der Zahnpasta PEBECO.

Unsere heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den Inseratenteil verantwortlich G. Bese; beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen des Stadtkreises Herford

Es wird nochmals auf die in den hiesigen Zeitungen veröffentlichte Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen vom 20. Oktober 1920 hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß bei Nichtbefolgung der gegebenen Bestimmungen strenge Bestrafung erfolgen wird.

Herford, den 10. November 1920.

Der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses.

Weizenrohmehl kann von Dienstag, den 16. d. Mts., ab auf Warenmarkte Nr. 19 ein Pfund gekauft werden. Preis 5,70 M. für das Pfund. Rauffrist: 22. November 1920. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte: 30. November 1920.

Die Fettkinheit für die Woche vom 15. bis 21. November ist auf 30 Gramm Butter zu 1,10 M. festgesetzt. Herford, den 12. November 1920.

Lebensmittelamt.

Kohlenverkauf auf Marke 18.

Am Montag, den 15. und Dienstag, den 16. November 1920: Bezirk 14, Schnieder, Stückkohlen (18,20 M.); Bezirk 15, Berg, Stückkohlen (18,20 M.); Bezirk 16, Müller, Stückkohlen (18,20 M.); Braunkohlenbrissetts 20 M.; Bezirk 17, Wille, Stückkohlen (18,20 M.); Bezirk 18, Peiner, Stückkohlen (18,20 M.); Braunkohlenbrissetts 20 M.).

Verkauf auf Marke 20:

Bezirk 1, Echterkamp, Rohbraunkohlen (9 M.).
Die Ortskohlenstelle Herford-Stadt.

Bezugs - Preis 4.00 Mark monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags	für Stadt Druck und Verlag Fr. Kühle Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31	und Land Fernsprecher Nr. 53 und 151 Postcheckkonto Nr. 5796 Schneidmühlstraße	Anzeigenpreis 20 Pfennig die 1 Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Werbefläche bis Zeile 2.00 Mark.
---	--	--	--

Der neue städtische Friedhof.



Gegenteiliger Meinung ist der Stv. Kieb, der in der Entfernung keinen bedenkl. Hinderungsgrund erblickt. Auch ist er gegen eine Einschränkung des Platzes, den er in seiner vollen Größe zu der Anlage verwandt wissen will.

Auch Stv. Breder ist für das Projekt des Magistrats, und er bemerkt sehr richtig, daß mehrere Friedhöfe in größerer Nähe einem späteren Ausbau des Straßennetzes stets hindernd im Wege stehen müßten, da eine Mindestfläche von je 25 Morgen notwendig sei. Mit dem Stv. Litgemeher teilt er die Auffassung, daß von den erworbenen Ländereien vorläufig nur ein Drittel bis die Hälfte umgewandelt werden sollen, das übrige Gebiet aber möglichst den bisherigen Besitzern als Pachtland zur Bebauung überlassen bleiben soll.

Stv. Werth befürwortet ebenfalls das zur Sprache stehende Projekt. Wenn die Gemeinden sich zurückgesetzt fühlen, so bemerkt er dazu, sei es zum Teil ihre Schuld, denn der seinerzeit erwogene Plan, am Otterbush die Ruhestätte für unsere Toten zu schaffen, sei dadurch zu Fall gekommen, daß sich die Minderheitsgemeinde weigerte, den ihr gehörenden Platz zu veräußern.

Stv. Finke sieht in dem neuen Friedhof die einzige Möglichkeit für die so dringend notwendige Begräbnisstätte. Er bezeichnet auch die Einwände der hohen Kosten und der weiten Entfernungen als übertrieben und empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage. Sodann äußert sich Oberbürgerm. Busse zu den geltend gemachten Einsprüchen und Bedenken in längeren Ausführungen. Er hat sich seit zehn Jahren eingehend mit der Frage beschäftigt und ist von der absoluten Notwendigkeit der vorgesehenen Anlage überzeugt. Die Frage der Einzelriedhöfe ist für den Magistrat nicht diskutabel, denn nie würde der seine Hand dazu bieten. Zudem würde der neue Platz in seiner künstlerischen Ausstattung eine Freude der ganzen Gegend, die an sich schon landschaftlich schön ist, werden, was andernfalls nie der Fall sein würde. Besonders sei es vom hygienischen Standpunkt aus sehr zu begrüßen, wenn nicht die Leichen mehrere Tage im Hause verbleiben, sondern von der Friedhofskapelle aus bestattet würden. Die Stadt müßte auf jeden Fall verhindern, daß, wie es vor einigen Jahren auf St. Hilbert der Fall war, konfessionelle Begräbnisplätze geschaffen werden, denn sie hat alle Veranlassung, konfessionelle Gegensätze auszugleichen. Daß Gemeindevorte nicht berücksichtigt werden, trifft nach seinem Dafürhalten nicht zu, denn die Angaben, daß der Abstand von den Wohnungen zum Friedhof zum Friedhof 5-6 Kilometer beträgt, sind die allerhöchsten, die an der Stadtgrenze der entgegengesetzten Seite ausgemessen worden sind. Die überwiegende Zahl der Bewohner erreicht den Platz doch viel eher und würde der Entfernung wegen sicherlich die Pflege der Gräber nicht vernachlässigen. Die Gesamtkosten des Friedhofes schätzt das Stadtoberhaupt auf ungefähr eine Million Mark.

Nachdem Stv. Hellinger nochmals seine Einwände vorgebracht hat, kommt zunächst der Zusatzantrag des Stv. Litgemeher zur Reduzierung des anzukaufenden Geländes zur Abstimmung, bleibt aber in der Minderheit und fällt damit. Die Magistratsvorlage gelangt darauf mit großer Mehrheit zur Annahme. Auch mit dem Antrage, daß zunächst ein Drittel oder die Hälfte des zur Verfügung stehenden Platzes in Benutzung genommen werden soll, erklärt sich die Versammlung einverstanden. Schnelle Erledigung fand der letzte Punkt der Tagesordnung: Nachbewilligung von Mitteln zur Deckung von notwendig werden den Ueberschreitungen des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920.

Stv. Kall erklärt den Antrag und teilt einige bemerkenswerte Zahlen mit: Der Anschlag sah insgesamt 419 000 M vor in der Ausgabe, daraus sind bereits 934 600 M geworden. Drei Zweige vor allem erfordern einen großen Zuschuß, die allgemeine Verwaltung 235 000 M, die Schulen 196 000 M und der Schlachthof 33 000 M. Bei den Schulen sind es die Heizungen, die ungeheure Summen verschlingen. Eingestellt wurden in den Plan für Schulen 152 000 M und ausbezogen bis heute 348 000 M. Für die Schlachthofkassette waren 20 000 M veranschlagt, denen ein wirklicher Aufwand von 103 000 M gegenübersteht. Auf Antrag des Stv. Kall wird die Vorlage an die Kommission verwiesen, die für den Haushaltsausgleich eingelegt war.

Damit hat die öffentliche Sitzung ihr Ende erreicht. B.

Belastung der Gemeinden durch Gefangenen-Transporte.

Eine wichtige Eingabe für Herford.

Die Gemeinden mit staatlichen Strafanstalten werden durch die Ausführung von Gefangenen-Transporten ungewöhnlich hoch belastet. So gehen z. B. sämtliche Transportangelegenheiten in Herford zu Lasten der Polizeiverwaltung, d. h. der Gemeinde. Was das bedeutet, ist leicht zu ermessen, wenn man bedenkt, daß die hiesige

Staatsstrafanstalt augenblicklich mit etwa 470 Personen

belegt ist, die zudem häufig ihren Aufenthaltsort wechseln. Es ist darum wohl verständlich, wenn die in Betracht kommenden Gemeinden sich mit einer Eingabe an den preussischen Minister des Innern gewandt haben, worin sie um Abänderung des jetzigen Zustandes bitten. In der Eingabe heißt es u. a.:

Die kommunalen Polizeiverwaltungen werden durch die Ausführung der Transportobliegenheiten, welche das Vorhandensein einer staatlichen Strafanstalt mit sich bringen, jetzt in so erheblichem Umfange belastet, daß eine baldige Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes dringend notwendig ist. Auf Veranlassung rhein.-westfälischer Polizeiverwaltungen haben sich deswegen die kommunalen Behörden Preußens, welche in ihren Bezirken Staats-Strafanstalten besitzen, in Wahrnehmung der hier vorliegenden gleichmäßigen Interessen zusammengeschlossen, um auf dem Wege gemeinsamen Vorgehens die Staatsregierung um Abhilfe zu bitten. Eine Würdigung der Verhältnisse muß zu der Überzeugung führen, daß die Forderung einer alsbaldigen Abhilfe seitens der Staatsregierung durchaus berechtigt ist und die bisherigen Zustände nicht weiter mehr fortdauern können. Eine große Anzahl Polizeiverwaltungen haben für sich in Sondereingaben bereits die Erreichung des jetzt gemeinsam erstrebten Zieles versucht, sind hierbei aber zum Teil erfolglos ausgegangen.

In wie weit die staatl. Verhältnisse außerlegte Verpflichtung zur Ausführung der hier in Betracht kommenden Transportobliegenheiten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen berechtigt ist, soll hier nicht weiter erörtert werden; auf jeden Fall bestehen in dieser Hinsicht große Unklarheiten und stützen sich die Forderungen der Staatsregierung insbesondere auf ältere Ministerialerlasse, die bis zum Jahre 1816 (S. 2 der Generaltransportinstruktionen vom 16. September 1816) zurückreichen.

Neben der Befreiung von der Ausführung der Transportgeschäfte müssen die kommunalen Verwaltungen aber auch eine Schadloshaltung hinsichtlich derjenigen Geschäfte beantragen, die den kommunalen Verwaltungen über die vorgenannten Obliegenheiten hinaus noch durch die Strafanstalten entstehen. Diese Belastungen erstrecken sich hauptsächlich auf die Angelegenheiten der Ausweisung von Ausländern, der Unterbringung in Fürsorgeerziehung, der armenrechtlichen Pflichten, der Erledigung der Erbsuchen auswärtiger Gerichte- und Polizeibehörden hinsichtlich der Strafanstaltsinsassen, auf den Schriftverkehr in Lebensmittellieferungsangelegenheiten, der besonders in letzter Zeit durch die An- und Abmeldungen in der Lebensmittellieferung mit den notwendigen Verpflegungsnachweisungen sich sehr umfangreich gestaltet. Die armenrechtlichen Angelegenheiten bedeuten hinsichtlich der Ermittlung des Unterhaltungswohnsitzes bei den fluktuierenden Verhältnissen der Strafgefangenen eine erhebliche Belastung, sodaß jahrelang Verhandlungen geführt werden müssen, um eine Erstattung der Aufwendungen seitens der zuständigen Armenverwaltung zu erlangen. Häufig müssen Verhandlungen eingestellt werden, weil die damit verbundenen Arbeiten nicht mit den auszubehenden Armenkosten in Einklang zu bringen sind. Die sachlichen Ausgaben (Porto- und Telephongebühren, Druckkosten, Schreibmaterial, Verlust an nicht erstatteten Armenunterstützungen usw.) stellen für die einzelnen kommunalen Behörden ganz erhebliche Aufwendungen dar.

Die Städte beantragen darum:

1. Die Polizeiverwaltungen von den sämtlichen Transport-Obliegenheiten, einschließlich des Schriftverkehrs, zu befreien, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Herford, die durch das Vorhandensein der staatlichen Strafanstalten entstehen.

2. Bis zum Eintritt dieser Befreiung die kommunalen und Polizeiverwaltungen durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe in vollem Umfange schadlos zu halten; hierbei würde von den einzelnen Behörden die finanzielle Belastung genau nachzuweisen sein.

3. Den kommunalen Verwaltungen auch eine Schadloshaltung für diejenigen Aufwendungen zu sichern, welche durch die Ausführung der über die Transportgeschäfte hinausgehenden Obliegenheiten verursacht werden und vorstehend näher aufgeführt sind.

4. Bei der seitens der Staatsregierung gegenwärtig geplanten Neuordnung des gesamten Polizeiwesens im

Sinne einer vereinheitlichten Ausübung der Polizeigewalt durch die ordentlichen Behörden auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die bei den Polizeiverwaltungen an Orten mit Staats-Strafanstalten bestehenden ungerechtfertigten Zustände beseitigt werden, sowie auch, daß bei dem bevorstehenden Neulaf des preussischen Polizeiverwaltungs-gesetzes eine gerechte zeitgemäße Regelung dieser Angelegenheit berücksichtigt wird.

Die in Betracht kommenden Polizeiverwaltungen hegen die bestimmte Erwartung, daß die Staatsregierung sich der Notwendigkeit einer sofortigen Neuordnung und gerechten Lösung der vorgetragenen Verhältnisse nicht verschließen wird und die jetzt vorhandenen Härten beseitigt. Schon allein aus Gründen der Gerechtigkeit kann die Verhaltung des gegenwärtigen Zustandes in keiner Weise vertretbar werden, denn durch die staatlichen Strafanstalten wird doch einzig und allein den Interessen des Gesamtstaatswesens gedient und können die durch ein derartiges Unternehmen entstehenden Lasten unmöglich der Polizeibehörde am Orte einer Strafanstalt zugemutet werden. Jeder andere Standpunkt widerspricht voll und ganz dem natürlichen und Rechtsempfinden, ist auch nicht in Einklang zu bringen mit dem Geiste der deutschen Reichsverfassung, die das gesamte Wirtschaftsleben nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit behandelt wissen will.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Hauptverband der deutschen Ortskrankenkassen schreibt uns:

Zwischen den Krankenkassenverwaltungen und den Ärzten besteht bekanntlich schon seit Jahren ein recht gespanntes Verhältnis. Der ärztliche Beruf ist seit langem überfüllt. Die ständig, meist in die Großstädte ausströmenden Ärzte finden keine ausreichende Erfinden. Daher drängt alles zur Kasernenpraxis. Die Kassen wehren sich gegen diesen unübersehbaren Zuwachs. Je mehr Ärzte sich in die zur Verfügung stehende Honorarsumme teilen, um so kleiner wird der Anteil des einzelnen. Die Folge ist dann die Unzufriedenheit der Ärzte mit ihrer wirtschaftlichen Lage. Die fortgesetzten Preissteigerungen auf allen Gebieten nötigen auch die Krankenkassen zu fortwährenden Verbesserungen der Honorarbezüge. Während 1913 durchschnittlich 6 M Arztkosten auf den Kopf des Versicherten entfielen, wird sich diese Ausgabe für 1920 auf 30 M erhöhen.

Trotzdem bleibt die Unzufriedenheit weiter Ärztekreise bestehen. Die auf Drängen der Ärzte allgemein eingeführte freie Arztwahl zeitigt die ablehnerische Meinung, daß ein kleiner Teil der Ärzte, etwa ein Drittel, den größten Teil der Honorarsumme bezieht, während die große Masse der Ärzte sich in den geringen Rest teilen muß. Wenn eine Kasse von 10 000 Mitgliedern jährlich 300 000 M Arzt-honorar an 10 Ärzte zahlt, so erhalten vier Ärzte etwa 200 000 M, jeder durchschnittlich 50 000 M, während die übrigen sechs sich in die verbleibenden 100 000 M teilen müssen.

Denn je mehr Kassenpatienten ein Arzt hat, desto größer ist seine Einnahme. Da jeder Kranke den Arzt aufsuchen kann, der ihm genehm ist, und jeder Arzt soviel Patienten behandeln darf, als ihm beliebt, so sucht jeder Arzt einen möglichst großen Patientenkreis zu erlangen. Ein Arzt, der die Kranken gewissenhaft untersucht und daher viel Zeit auf jeden einzelnen verwendet, kann schon deshalb nicht sehr viele Kranke behandeln. Ist der Arzt aber streng im Arbeitsunfähigkeitsbescheinigen und kommt er den Wünschen der Patienten im Verordnen von allerlei Arznei und Stützmitteln nicht genügend entgegen, so bleibt sein Wartezimmer leer. Schon jetzt sind in Deutschland doppelt soviel Ärzte vorhanden, als nach der Zahl der Kranken nötig wäre. Außerdem besuchen noch 20 000 Medizinstudierende die deutschen Universitäten; sie werden die Zahl der beschäftigten Ärzte in den nächsten Jahren noch vermehren.

Die Krankenkassen halten daher das Eingreifen der Gesetzgebung für dringend geboten. Sie wollen nicht dauernd mit der Gefahr von Ärztekrisen rechnen. Sie wissen aber auch, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ärzte doch nicht zufrieden stellen können. Vor allem aber streben sie an Stelle der heutigen Massenabfertigung der Kranken eine Verbesserung der Heilbehandlung an. Das

Weibliche Fußballspieler. Auf dem Fußballplatz von Vincennes bei Paris wird sich, einem Bericht des Figaro zufolge, ein Kampf zwischen zwei weiblichen Elf abspielen. Ein französisches und ein englisches Team werden einander gegenüberstellen. Die Engländerinnen sind durchaus Arbeiterinnen einer Fabrik zur Erzeugung elektrischer Lampen. Die französische Vereinigung hingegen ist mit großer Umficht zusammengestellt worden und junge Pariserinnen aus den verschiedensten Kreisen werden sich mit ihren englischen Sportgenossen messen. Einige der französischen Fußballspielerinnen sind Schreibmaschinendamen, eine Verkäuferin in der Rue de la Paix, eine lebt von ihren Renten, wieder eine andere ist Studentin der Philosophie und die letzte ist in einem zahnärztlichen Laboratorium beschäftigt.

Alterskennzeichen der Gänse. Wer Gänse kauft, möchte auch gern wissen, wie alt die Tiere sind, ganz gleich, ob es sich dabei um Schlacht- oder Zuchtgänse handelt. Wenn auch gesagt wird: Junge Gänse haben einen weichen Schnabel, der dem Fingerdruck nach gibt, ihre Augenränder sind kleiner als bei älteren Tieren, ihre Beinhaut ist nicht so stark, ihre Beine sehen lebhaft rot aus usw., so sind das doch sehr trügerische, ungenaue Kennzeichen, wie jeder bestätigen wird, der selbst Gänse züchtet, oder schon einmal „hereingefallen“ ist, als er auf derartige Angaben hin Gänse kaufte. Aber ein ganz sicheres Alterskennzeichen für Gänse, das noch recht wenig bekannt ist, bzw. beachtet wird, sind die zwei kleinen, auf-fallend harten Federn, die ganz außen an den Flügeln stehen und sich in ihrer Größe ein wenig unterscheiden. An den Flügeln dieser Federn erscheint nämlich nach dem ersten Jahre eine kleine Rinne, die aussieht, als wäre sie mit einer Feile hergestellt. Jahr für Jahr tritt nun ein solcher Kerb hinzu, so daß sich das Alter der Gänse ganz genau berechnen läßt. Daß die den jungen Gänzen umgelegten Bundesringe und andere gezeichnete Ringe ganz un-trügerlich das Alter der Gänse angeben, sei nur nebenher bemerkt.

Für unsere Frauen.

Die Beamtinnenmutter.

Sie gehört als Gattung einer im Aussterben begriffenen Zeit an. Meist jung verwitwet, mit schmaler Pension bedacht, war es ihr bescheiden verpflogter Lebenszweck, nach dem Tode des Mannes die Kinder zu gründlichen und anständigen Menschen zu erziehen, wie sie selbst einer ist. Die Witwenpension besuchten die Mittelschule, blasse, aufgeschlossene Jungen, deren Schicksal und mehr oder minder grimmig ertragener Kummer es war, die von der Mutter „gedenkten“ hinterlassenen Kleider des Vaters auszutragen und außerdem sämtliche abgelegten Hosen aus der Verwandtschaft. Denn ein Kennzeichen dieser mit vollendeter Kunst sparerender Hausmütter war es, daß sie sich wohlhabende Familien zu Freunden im besten Sinne des Wortes zu machen verstanden und mit taktvoller Bescheidenheit Gaben zu nehmen wußten. Es gab immer einflußreiche Menschen, die bei aller häuslichen Klugheit doch so lebensfremden Frau mit Rat und Tat zur Seite standen und ihr neben alten Gütern auch Stipendien für die Kinder und ähnliche Hilfsmittel des Fortkommens zuschickten. Wie mancher technisch begabte Witwensohn ist dem Stipendium zuliebe in die Sadgasse humanistischer Bildung geraten! Gewöhnlich aber landete er nach dem vergeblichen Veruche, durch die Hochschule zu hungern, in den Kanzleien des Staates, der Banken und ähnlicher Großunternehmen.

Die Beamtinnenmutter ist eine aussterbende Gattung. Ja — aber wie sie stirbt an der neuen Zeit! Hartnäckig auch da die Stille, ein wenig unbeholfen und doch im letzten Grunde so feine, tiefschmelzende Menschheit bewahrend, die ihr innerer Halt im Kampfe ums Dasein gewesen ist.

Da ist eine mehr als 60jährige Vertragsbeamtinnenmutter. Der Mann hinterließ ihr keine Witwenpension, dafür aber den sechs kleinen Kindern ein stilles Erbsitz: die Tuberkulose. Wie die Frau es zu Wege brachte, die Kinder aufzuziehen, ist ein Rätsel, das sie vermutlich rücksehend selbst nicht zu lösen wußte. Tatsache ist, daß fünf der Kinder groß, und nicht nur groß, sondern auch prächtig,

tige, begabte Menschen geworden sind. Wie sehr das Stipendium hier Bestimmung geworden sein mag, läßt sich erraten; mit seinem Leben unzufrieden scheint er keines der Kinder gewesen zu sein, bis der Krieg die Entwicklungslinie unterbrach. Unter keinem Schutze holte der Erbfeind der Familie, die Tuberkulose, zwei der Söhne aus ihren Beamtenlaufbahnen, einen dritten brachte er andersartig um die Gesundheit. Der einen Tochter, einer ersten, ausübenden Künstlerin, nahm er den Verlobten, und der Gram darüber nahm ihr zeitweilig die Arbeitsfähigkeit, und als nächste Folge lösten sich die Verbindungen, die in ihrem Berufe so wichtig sind. Keines der mühsam aufgezogenen Kinder ist inthron, die alle Mutter zu ernähren, nun sie für sich selbst nicht mehr arbeiten kann. Gichtkrank, von dem Gedanken an kleine bescheidene Schulden gequält, steht sie einen Sonntag nach dem anderen als Lebensrest vor sich.

Sie ist eine alte, würdige Dame, die in dem altmodischen Hut und Mantel aussieht, als wäre das so gewollt, so ihre besondere Note. Die unsagbar geklärten Schürze passen allerdings nicht recht in das Bild. Die Wohnung — blühender natürlich — wirkt fast künstlerisch vornehm. Man muß genau hinsehen, um zu bemerken, daß das ja eigentlich alles maddeliges, alles, nicht einmal geschmackvoll gereinigtes Gerümpel ist, für das der Erbsitz kaum einen Blick der Gnade hätte. Aber öffnet die Schränke, legt die glatten, gepflegten Bettdecken zurück! Dort gähnende Leere, hier Reste schmuckigen Bettzeuges. Schmutz aber bedeutet in dieser Häuslichkeit den Anfang vom Ende. Soziale Wechselwirkung: Wenn im Wäsche-schrank keine Ueberzüge mehr sind — was nicht ausgenutzt wurde, verfiel dem Leihhaus — muß das unwaßbare Bettzeug hoffnungslos verschmutzen.

Die Frau nennt das „bedecktes Glend“. Sie weiß nicht, wie unzeitgemäß das klingt in unseren Tagen, da wir einander über-schreiben im Flehen um Hilfe, indem wir unsere Lumpen aller Welt zur Schau stellen. Ihre Klagen gehören einem ausgestorbenen Stil an, ihr ängstliches Beharren im gesellschaftlichen Schein rührt kein Herz, weil auch das Mittel dem Stil der Zeit folgt. Die Beamtinnenmutter paßt da nicht mehr hinein. Sie verhungert zu heimlich.

Sparo-Waschpulver! — Friedensqualität.

er Polizeigewalt
auf Rücksicht zu
ungen an Orten
ungerechtfertigten
bei dem bevorstehenden
Verwaltungsgeschehen
dieser Angelegenheiten

Kassen.

Ortskrankenkassen
ungen und den
en ein recht ge
ist seit langem
tätigkeitszentrums
rücken. Daher
en wehren sich
mehr Ärzte sich
anne teilen.
die Folge ist da
wirtschaftlichen
auf allen Gebie
währenden Auf
und 1913 durch
des Verschleiss
auf 30 M erhöht.
einer Arztbesuch
mein eingeführte
einigung, daß ein
den größten Teil
die große Masse
uß. Wenn eine
00 000 M Arzt
ier Ärzte etwa
während die
00 000 M teilen

hat, desto größer
Arzt aufsuchen
lobiel Patienten
eder Arzt einen
gen. Ein Arzt
daher viel Zeit
esshalb nicht sehr
streng im Ar
Wünschen der
nein und Stör
eibt sein Wart
doppelt soviel
Kranken nötig
bedingungslos
e Zahl der be
fahren noch ver
greifen der Ge
nt nicht dauern
Sie wissen aber
Verhältnissen die
Vor allem aber
Abfertigung der
lung an. Das

ah von Vincennes
aufolge, ein Kampf
möglicherweise und ein
Die Engländer
zur Erzeugung
hingegen ist mit
ange Pariserinnen
ihren englischen
Fußballspiele
ferin in der Rue
eine andere ist
dem zahnärztlichen

aut, möchte auch
es sich dabei um
sagt wird: Jung
ingerdrucke nach
eren Tieren, ihr
lebhaft rot aus
Kennzeichen, wie
der schon einmal
hin Gänge laufen
e, das noch recht
wei kleinen, auf
füßeln stehen und
In den Spülen
Jahre eine kleine
hergestellt. Jahr
sch das Alter der
jungen Gänse
Kinge ganz un
ebenher bemerkt.

kann nur dadurch geschehen, daß den Ärzten die Verwaltungsarbeit abgenommen wird, die mit der Abfertigung von Versicherten untrennbar verbunden ist. Auch die vielen kleinen Beratungen in einfachen Fällen, die Inanspruchnahme des Arztes lediglich zu dem Zwecke, eine Brille, ein Brustband, Bad oder Pflaster zu erhalten, alle die vielen geringfügigen Verordnungen der täglichen Kassenpraxis müssen den Ärzten abgenommen werden. Diese Leistungen machen etwa die Hälfte der Kassenpraxis aus. Sie könnten in Behandlungsstellen der Kassen von dazu besonders angestellten Ärzten verrichtet werden. Die Behandlungsstellen wären auch als Untersuchungsstellen einzurichten, um genaue Diagnosen zu stellen und die Patienten der geeigneten Spezialbehandlung zuführen zu können.

Den Kassenärzten bliebe dann genügend Zeit zur gründlichen Behandlung ihrer Kranken. Wünschenswert wäre es, wenn zu dieser Behandlung der Kassenpatienten nur solche Ärzte zugelassen werden, als wirklich nötig sind. Das hätte den Vorteil, daß das Honorar nicht unnötig vergrößert, sondern jeder Kassenarzt eine auskömmliche Existenz finden würde. Sollten die Ärzte aber nicht bereit sein, mit den Kassen Verträge auf dieser Grundlage abzuschließen, so wäre den Verwaltungen die Befugnis zu geben, den Patienten einen angemessenen Geldbetrag zu zahlen, um sich selbst ärztliche Hilfe zu beschaffen.

Wird eine solche Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes durchgeführt, wozu eine Verringerung der Kassenversicherungsbeiträge erforderlich wäre, so könnten die Krankenkassen endlich allgemein die Krankenhilfe für die nichtversicherten Angehörigen der Mitglieder organisieren. Dann würden auch weitere Beitragserhöhungen vermieden werden. Das ist wichtig, denn heute sind die Beiträge auf 6 bis 7 Prozent des Lohnes gestiegen, können also nicht beliebig erhöht werden. Das müßte aber eintreten, wenn die Ärzte nicht anders geregelt wird. Es steht sogar zu befürchten, daß es dann zu neuen schweren Kämpfen zwischen Ärzten und Krankenkassen kommen wird. Der Krankenversicherung drohen dann schwere Gefahren, die im Interesse der Volksgesundheit gebannt werden müssen. Deshalb ist ein baldiger entscheidender Schritt der Gesetzgebung zur zwingenden Notwendigkeit geworden.

Vom Segen der Erinnerung.

Von Pfarrer Tribukait-Dortmund.

Das Wertlose, Dunkle, Lähmende unserer Erinnerungen zu bannen und in sich zu unterdrücken, das Große, Lichte, Gute fest zu halten und in sich fortwirken zu lassen, das ist die Lebenskunst und Aufgabe, die wir der Vergangenheit gegenüber haben. In demselben Maß, wie wir in dieser doppelten Lebenslust geübt sind, werden wir durch unsere Erinnerungen gesegnet.

Nicht immer gelingt's ja, Vergangenes los zu werden. Aber auch wo es mißlingt, wo zurückgedrängte Erinnerungen lastend auf dem Grund der Seele lagern, quälend hervorbrennen, liegt ein geheimer Segen in ihnen: wir haben sie noch nicht überwunden, noch nicht gelernt, was wir aus ihnen lernen sollten. In unsern trüben Erfahrungen steht doch meist ein Versehen, ein Irrweg, den wir in Blindheit gegangen und der erst hernach sich uns enthüllt. Am jähsten, quälendsten und doch vielleicht am segnetesten sind gerade die Erinnerungen an begangene Verfehlungen. Daß wir nur da nicht leichtfertig die Augen schließen, uns verlocken wider die Wahrheit, die Schuld allein in den Verhältnissen oder „bei den anderen“ suchen. Wer will es wagen, zu bestreiten, daß jene Fähigkeit des Gedenkens eine lebensvolle Ordnung des sittlichen Lebens, daß der Stahl nagenden Schuldgefühls eine Gotteskraft und Gabe ist! Aus dem Unvermögen, diesen Stachel auszuziehen oder „wider ihn zu töten“ erwuchs einst Paulus die Kraft der Belehrung. Und gewiß auch Paulus ist der „Säulenapostel“ nur geworden durch die Erinnerung an jene Schmach der Verleugnung, an die bitteren Tränen, die er damals geweint und die ihn geistig haben gegen die in seiner Natur liegende Neigung, auf seine Kraft zu selbstbewußt zu trauen.

Und nicht nur das Böse abschlagen durch die schreckenden Gespenster der Vergangenheit, sondern reicher, wertvoller, glücklicher können wir unser Leben machen, wenn wir die freundlichen Erinnerungen treu nützen. Was haben wir nicht alles für Werte, für Gedanken voll Kraft und Leben gehört, die in unserem Gedächtnis bereit liegen! Keiner ist unter uns, der nicht alles weiß, was dazu gehört, um seinen Beruf überall groß und edel zu führen, und auch seine stillen Wunden unvergänglich wertvoll sich zu gestalten, keiner, der nicht alles weiß, was dazu gehört, seinem Mitmenschen das Leben besser und schöner machen zu helfen. „Große Gedanken und ein reines Herz, das ist's, was wir uns von Gott erbitten sollen“. Ein reines Herz aus den Tagen der Kindheit in's Leben, in's Alter sich hinüberzureiten, das ist gewiß mehr Gabe als Aufgabe. Aber auch

große Gedanken brauchen und können wir nicht in uns erzeugen. Wir brauchen sie uns aber auch von Gott nicht neu schenken zu lassen. Er hat sie uns geschenkt durch die geistige Geschichte, in die er uns gestellt durch die „Wolke von Zeugen“, die uns aus der Vergangenheit grüßen. Und das ist ja die Eigenart der zeitlichen wie der räumlichen Entfernung, daß sie das Kleine, Nebensächliche, Zufällige verschwinden, aber das Große, Bleibende, Ewige in verkürzter Schönheit, in erhabenem Glanz uns leuchten läßt. Ueber die vielen kleinen Gedanken, die unsere Seele täglich in Beschlag nehmen, und wie eine süße Befähigung darin haften, gilt es täglich den Blick zu erheben zu den Höhen, auf denen wir oder gottbegnadete Menschen vor uns einst gewandelt als zu den Bergen, von denen uns Hilfe kommt. Alle wahren Kunstwerke und künstlerischen Vorführungen, alle kirchliche Arbeit und religiöse Andacht wollen doch nichts anderes als Ewigkeitswerte in dem Alten und Vergangenen suchen, festhalten und in immer neuen Jungen uns predigen, wollen Erinnerung weisevoll pflegen.

Es gibt ja eine mehrleidige, griesgrämige Stimmung, die das Erinnerungsvermögen gerade in bezug auf vergangenen Lebensreichtum und vergangenes Glück beklagt. So flagt der Dichter: „Ich besaß es doch einmal, was so köstlich ist — daß man doch zu seiner Qual nimmer es vergißt!“ Und ein Wort Dantes lautet: „Kein größeres Unglück für den Menschen, als zu gedenken vergangener Freuden und Glend.“ Mag sein, daß gegenwärtiges Leid bitterer empfinden wird durch den Wechsel des Glücks, daß der Gedanke an das, was wir besaßen und was wir verloren haben, der Gedanke an Jugend, Freundschaft und Liebesglück vergangener Tage uns wehmütig stimmt und das Herz weich und wund macht; es liegt in dieser Wehmütigkeit zugleich doch etwas, das das Weh löst und die Seele stolz macht. Ich besaß es doch einmal, habe auch mein Teil Gutes genossen, auch an den Tafeln des Lebens gegessen, auch geträumt, gehofft, geliebt und Liebe empfangen. Nur ein krankes, undankbares Gemüt wird in solchen Gedanken sich verbittern statt an ihnen sich zu erquickern und aufzurichten. Es ist doch eine unaussprechliche Wohltat, daß das Schicksal einem Menschen alles zwar nehmen, aber seine Erinnerungen nicht rauben kann. — In dem einsamen Witwenstübchen, in dem stillen Winkel, in dem Alter, Krankheit und Armut dem Menschen gestellt, kann er doch seine Erinnerungen aus dem Grabe der Vergangenheit rufen und hat an ihnen gleichsam einen Besuch von lieben Freunden.

Wenn man auf einem Sommerausfluge auf freier Bergeshöhe rastend umherschaut, regt sich wohl der Gedanke: ach, daß ich sie festhalten könnte auf der Kehhaut, die farbenleuchtenden Bilder, mitnehmen eine Woche, eine Winterzeitung der reinen erquickenden Luft. Wir können's nicht. Und doch, wenn wir die Gabe der Erinnerung besser nützen wollten, wären jene köstlichen Bilder ein unsichtbarer Wandschmuck in dem Alltagsgemach unseres Lebens. Nur wer die Kunst versteht, Sonnenschein, den er geschaute, festzuhalten im Gemüt, ist nicht vergeblich gewandert über Berg und Wiesengrün, nicht vergeblich gereist die Reise durch's Leben.

An alle Kinderfreunde.

Die Waisenkinder von Schweicheln.
— Zweihundert sind's gut und gern.
Die bitten und betteln und schmeicheln:
Helft uns, ihr Damen und Herrn!

Wir möchten zum Christkind gehen
Und unter dem Bethlehemsstern
Die Wunder der Weihnacht sehen!
Helft uns, ihr Damen und Herrn!

Nicht Vater- und Mutterliebe
Bedenkt uns zum heiligen Christ.
Wie ist die Welt so trübe,
Wenn die Heimat versunken ist.

So trüb, so frostig-dunkel,
So arm und voll Bitterkeit!
Uns dürstet nach Richtergefunkel,
Nach Weihnachtsfestigkeit.

Ihr Reichen helft uns Armen!
Und die ihr glücklich seid,
Laßt uns're Not Euch erbarmen!
Gott lohn't Barmherzigkeit.

Gaben aller Art (Geld, Kleidung, Spielsachen, Schokolade, Zuckerwaren usw.) für die Kinder in Schweicheln nimmt mit herzlichem Dank entgegen G. Büchel, Pastor, Schweicheln b. Herford.

Unsere heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den Inseratenteil verantwortlich G. Bese; beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen des Stadtkreises Herford

Zur Vorbereitung der Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für die Rechnungsjahre 1920/21 hat nach dem Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 2. Oktober 1920 III R. 24 922 IV 52 297 zum 15. November d. Js. eine Personenstandsaufnahme stattzufinden. Zu dem Zwecke wird jedem Haushaltungsvorstand und jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung in den nächsten Tagen ein Vordruck zu einer Wohnungsliste zur Ausfüllung übergeben werden. Bei der Ausfüllung der Wohnungsliste ist folgendes zu beachten:

1. Die Wohnungsliste ist von jedem Haushaltungsvorstand und von jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung nach dem Stande am 15. November 1920 auszufüllen und spätestens bis zum 18. November 1920 dem Besitzer des Grundstücks zu übergeben. Die Erfüllung dieser Verpflichtung kann mit Geldstrafen bis zu 500 M erzwungen werden. (§ 202 der Reichsabgabenordnung.)

2. In die Wohnungsliste sind sämtliche in der Wohnung wohnende Personen — neben dem Wohnungsinhaber — also auch dessen Ehefrau, Kinder, Dienstmädchen, Unter- und Schlafstellenmieter — nach dem Stande am 15. November anzugeben, gleichviel, ob es sich um Personen mit selbständigem Einkommen oder Vermögen handelt oder nicht. Auch Personen, die in der Wohnung wohnen, aber am 15. November 1920 vorübergehend abwesend sind, müssen angegeben werden. Ferner sind auch sonstige zur Haushaltung des Wohnungsinhabers zählende Personen, wie Kinder, die noch in der Vorbildung für einen Beruf begriffen sind, aber nicht im Hause des Wohnungsinhabers wohnen, in der Wohnungsliste anzugeben.

3. Ueber den Beruf sind genaue Angaben zu machen (z. B. Kassierer, Buchhalter, Maschinenschlosser usw.).

4. Die Eintragung hat in der im Formular angegebenen Reihenfolge zu geschehen.

5. Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Vertreter ist bei Meldung der gesetzlichen Strafen (§ 202 der Reichsabgabenordnung) verpflichtet, eine mit seiner Unterschrift versehene Befcheinigung des Inhalts, daß in den mit Nr. 1 bis ... bezeichneten Wohnungslisten sämtliche Bewohner des bezeichneten Grundstücks nach dem Stande vom 15. November 1920 angegeben sind mit den Wohnungslisten, die von den das Grundstück bewohnenden Haushaltungsvorständen oder Inhabern einer selbständigen Wohnung aufgestellt sind (Muster 1), spätestens bis zum 20. November 1920 an den Gemeindevorstand, in der das Grundstück liegt, einzusenden, sofern bis zu diesem Zeitpunkt eine Abholung durch besonderen Voten nicht erfolgt sein sollte.

Herford, den 11. November 1920.

Der Magistrat.

In der Zeit vom 14. Oktober bis 10. November 1920 wurden bei uns gemeldet:

als gefunden: 1 Geldbetrag (135 M), 1 brauner Knabenmantel, 1 weiße Perlenhalskette, 3 Portemonnaies mit Inhalt, 1 Schürmühle (schwarz-weiß-rot-gestreift), 1 Reise-Schliefkorb, 1 Dreifuß, 1 Sieb aus einer Fleischhackmaschine, 1 gebrauchtes Tischbuch, 1 Kinderpelztragen;

als verloren: 2 schwarze Brieftaschen mit größeren Geldbeträgen, 1 silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand, 1 silb. Brosche und Medaillon, 1 Zylinder-Klapphut;

als zugekauft: 1 Dobermann, 1 graue Ente, 2 Terrier;

als entlaufen: mehrere Hunde.

Herford, den 10. November 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Erwerbslosen-Unterstützungen

werden am Montag, den 15. November, vormittags von 8½ bis 12½ Uhr ausbezahlt und zwar:

am Schalter 2 Nr. 1 bis 1000,

am Schalter 3 Nr. 1001 und darüber.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Auszahlung der Unterstützung nur an obigem Tage erfolgt. Ausnahmen können nur stattfinden, wenn ein Unterstützungsempfänger seinen Aufenthalt hier aufgibt.

Die Kasse ist für alle anderen Geschäfte — außer der Einzahlung von Steuern und Schulgeldern — an obigem Tage geschlossen.

Herford, den 12. November 1920.

Kämmereikasse.



MAGGI Würze ist altbewährt!

In grossen mit Originalverschluss versehenen Flaschen Nr. 6 besonders vorteilhaft. Sie können daraus Ihr kleines MAGGI-Fläschchen selbst wieder füllen. Man achte darauf, dass der Plombenverschluss unversehrt ist.

Hotel „Herforder Hof“.
Künstler-Konzert
 der allgemein beliebten Künstler-Kapelle
PAUL ZSCHORN.
 Morgen Freitag: **4. grosser Sonder-Abend.**
 mit verstärktem Orchester.
 Konservatorisch ausgebildete Kräfte.
 Ständiger Eingang von neuen Schlagern.
 Klavier, Harmonium, 1. Geige, II. Geige, Cello.
 4 1/2—7 Uhr! 8—11 Uhr!
 Mittagstisch von 12—2 1/2 Uhr! Abendplatten
 in reichlicher Wahl und bekannter Güte!
 Weine, Liköre erster Firmen!

Geflügel-Ausstellung
 des Geflügelzucht-Vereins „Wittelsind“
 am 16. und 17. und
 Freitag, 17. November
 im Saale des Wirts Spiller, Bielefelderstr.
 Verlosung! Preisschießen!
 Eröffnung:
 Dienstag, d. 16. Nov., nachmittags 3 Uhr.

Festfale * Bürger-Verein * Festfale
 Sonntag, den 14. November, nachm. 4 Uhr:
Großes Tanzfränzchen.
 Empfehle die Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten und
 Versammlungen. C. Hübner.

Brinkmann's Parkettsaal.
 Renoviert. Likörstuben.
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Wir empfehlen als
Pferde- und Schweinefutter:
 Ia. reines Haferschrot, Melassefutter,
 Trockenschnitzel, Maismasifutter,
 Bohnenschrot und Fischmehl.
Kornhaus Herford G. m. b. H.
 Telefon 165. Mindenerstrasse 1a—3.

Mein guter
X Torf X
 ist auch jetzt noch im Lager Bielefelderstr. 12
 zu haben. Auch gebe noch fuder- und ladungswise zu
 billigen Tagespreisen ab.
Wilhelm Horn, Herford,
 Telefon 665. Amster. 3.

Höhensonnenbäder
 komp. Vierzellenbäder
 medizinische und Wasserbäder, Hand- und
 elektrische Massage.
H. Schäfer, Lübbertorwall.

Arthur Wienold
 Versandhaus für Haushalts-
 und andere Bedarfsartikel
DETMOLD
 Alexanderplatz 7
 Überzeugen Sie sich von der
 vorzüglichen Qualität der
 von mir geführten Artikel
 Ein Versuch wird die
 meinem ständig. Abnehmer
 machen. Meine Bedenke lassen
Vom Guten das Beste
ist stets das Billigste
 haben Sie Bedarf in Haushalts-
 gerätschaften, sowie in anderen Ge-
 brauchsgegenständen, so bestellen
 Sie meinen neuesten Katalog. So
 überwiegen Sie eine ge-
 digne Auswahl bei äußerster Preisen

Vorteilhaftes Angebot!
Herren-Anzug-, Ulster-, Paletot- u.
Damen-Kostüm-Stoffe sowie
sämtliche Zutat u. Futterstoffe
zu billigsten Preisen.
Unterzeuge u. Baumwollwaren sowie
Herrenwäsche u. Kravatten in grosser
 Auswahl!
 Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang!
Günstigste Einkaufsquelle für
Wiederverkäufer u. Schneider
 und erhalten diese Extra-Rabatt.
Hermann Heimann
 Höckerstrasse 2.

Zentrumspartei Herford.
 Am Sonntag, den 14. d. Mts. wird im großen Schützenhofsaal ein
Parteitag der Zentrumspartei
 für Minden-Ravensberg und Lippe abgehalten.
 Unsere Parteifreunde, Männer und Frauen, werden zu der Versammlung
 um 3 Uhr nachmittags eingeladen und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
 Redner: Univ.-Prof. Dr. Schreiber, M. d. R., Abgeordneter Gronowski
 und Abgeordneter Kamp.
 Einlaßkarten sind am Saaleingang zu haben.
 Der Vorstand.

Felze
 Nur ein Fachmann, der Wert
 auf dauernde Kundschaft
 legt und bemüht ist, das
 Renommee seiner Firma zu
 bewahren, kann Sie bei
 ihrem Einkauf vor Ueber-
 vorteilung schützen.
 Prima
 Skunks, Nerz, Steinmarder
 Füchse
 in allen Farben
 zu billigen Preisen
D. Backhaus
 Gegründet 1881
 Herford, Gehrenberg Telefon 575
 Bielefeld, Obernstrasse
 Ecke Neustädterstr. Tel. 1708

Willst stillen Du des Blühens Pein
 Rühr Hansi-Puddingpulver ein,
 Die Tränen hören auf zu fließen
 Wenn's Hansi-Pudding darfst genießen
Hansi
Puddingpulver
 unerreicht in Qualität!
 ALLEINIGE HERSTELLER: **BULK & SIEKMANN-HERFORD**

Die
moderne Wohnung
 wie sie eingerichtet sein
 soll, zeigt in übersicht-
 licher Aufstellung:
August Stüssel
 Möbelfabrik
 Herford
 Gehrenberg 26 Höckerstrasse
 Telefon 207.
 Besichtigung ohne Kaufzwang
 erwünscht.

NAEHMASCHINEN
 FÜR HAUS- UND INDUSTRIEGEBRAUCH,
 sowie versenkbare Nähmaschinen in ver-
 schiedenen Ausführungen.
 Reparaturen an sämtlichen Systemen werden prompt
 und preiswert ausgeführt.
H. C. CORSMANN,
 Fernruf 925. Göbenstrasse.
 Nähmaschinenhandlung
 und mechanische Reparaturwerkstatt.

10 Zigarrenmacher
 für bessere Fabrikate, finden dauernde
 Beschäftigung bei Zigarrenmeister
S. Kartelmeyer,
 Herringhausen.
Zülch & Nicksche,
 Zigarrenfabriken,
 Scharmbeck bei Bremen.

Schokolade
Deutschmeister
 Hervorragende Qualität!
 Alleinige Fabrikanten:
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden.
 Vorrätig in den meisten Spezial-, Delikatessen-,
 Kolonialwaren-Geschäften und Konditoreien.

Mehrere
Blighobel und Nagelmaschinen
 sofort zu kaufen gesucht!
 Gelingende mit Fabrikationslokal u. billigen Preisen erbitte
Solfatia-Werte, Neumann & Co., G. m. b. H.,
 Altona-Ottensen.

Große Bänder Zigarren-Fabrik sucht
 vergrößerungsfähige
Filiale
 mit durchaus zuverlässigem, jüngeren Meister und gutem
 Arbeiterstamm. Dauernde Beschäftigung bei Formarbeit
 und nur wenigen Saison.
 Schriftliche Angebote unter Nr. 904 an die Annoncen-
 Expedition von **Stegemeyer & Co., Bünde i. W.**

Nebenverdienst
 bis 1000 Mk. monatlich, leicht zu haben, ohne Vorkenntnisse.
 Dauernde Tätigkeit. Näheres auf briefliche Anfrage durch:
S. Boehrel & Co., G. m. b. H.,
 Berlin-Lichterfelde, Postfach 489.

Kleines Stempel Stempelwaren
 Remstr. 27
M. Küssner, Herford